



Böhme Zeitung

Dienstag, 19. Oktober 2021

157. Jahrgang Nr. 244 1,50 €

www.boehme-zeitung.de

HEIDEKREIS

Kartoffel ist wieder auf dem Vormarsch

Anbaufläche steigt im Kreis nach Tiefstand 2016 wieder kontinuierlich an
» Lokales

SOLTAU

Ein Getränkemarkt, wo einst gebowit wurde

Edeka will sein Angebot am 2018 eröffneten Supermarkt in Soltau erweitern
» Lokales

SCHNEVERDINGEN

Rat rechnet mit einem Defizit

Verwaltung will nicht, dass Investitionen unter Corona-Einnahmeausfällen leiden
» Lokales

FUSSBALL

Die Endorphine spielen verrückt

Vorm Derby beim TV Jahn hat der MTV Soltau ein emotionales Erfolgserlebnis
» Sport



David Justus war im Spitzenspiel gegen den SV Lindwedel-Hope einer der mutigsten Spieler des MTV Soltau. Foto: hei

WETTER

15°
13°



Bei starker Bewölkung fällt immer wieder Regen oder Sprühen. Die Sonne hat kaum Chancen, sich zu zeigen. Es ist aber für die Jahreszeit recht mild.

IHR DRAHT ZUR BZ

Kundenservice (Abo und private Kleinanzeigen): ☎ (0 51 91) 8 08-4 00
Geschäftskunden (gewerbliche Anzeigen): ☎ (0 51 91) 8 08-4 55

fb.com/boehmezeitung
@boehme_zeitung
@boehmezeitung
WhatsApp-Nr: 05191 808402



Das Papier wird knapp: Die Zeitungsbranche steckt europaweit in einer eklatanten Rohstoffkrise.

Foto: dpa

Papiermangel sorgt für dünnere Druckausgaben

Rohstoffengpässe und stornierte Lieferungen: Böhme-Zeitung muss bei den Print-Ausgaben zeitweilig Seiten einsparen, das E-Paper erscheint weiterhin in vollem Umfang

Soltau. Zu wenig Altpapier, Corona-Effekte und Konkurrenz aus dem Verpackungsmarkt: Die Zeitungsbranche steckt europaweit zurzeit in einer eklatanten Rohstoffkrise. Das bekommt auch die Böhme-Zeitung zu spüren. Nach der kurzfristigen Stornierung bereits zugesagter Lieferungen müssen seit vergangenem Sonnabend die Umfänge der Druckausgaben zum Teil schmerzlich reduziert werden.

Altpapier ist der wichtigste Rohstoff für die Papierindustrie. Es macht im Schnitt fast 80 Prozent des fertigen Papiers aus. Auch eine Zeitung wird in der Regel weitgehend aus Altpapier hergestellt. Nun sind nicht nur die Preise auf diesem Recyclingmarkt seit Jahresbeginn um etwa 70 Prozent gestiegen. Inzwischen herrscht weltweit sogar Papiermangel. Und auch hier spielt die Corona-Pandemie eine Rolle: Unter anderem wegen geringerer Zeitungsdicken und stornierter Werbeblätter in den

vergangenen Monaten fiel weniger Altpapier an – und damit steht dieses Jahr auch weniger davon zur Wiederverwertung zur Verfügung.

Als Folge dieser Entwicklung bangen nicht nur die Buchverlage um das Weihnachtsgeschäft, auch mehrere Zeitungen sehen sich gezwungen, die Umfänge der Printausgaben herunterzufahren, nicht nur in Deutschland. In der vergangenen Woche hat beispielsweise die renommierte Neue Zürcher

Zeitung ihre Leserinnen und Leser auf eine zeitweilige Reduzierung des Umfangs eingestimmt. Der Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), Stephan Scherzer, bezeichnete die Lage auf dem deutschen Markt in der vergangenen Woche gegenüber der Nachrichtenagentur dpa als „äußerst angespannt“.

Aus diesen Gründen kann die Böhme-Zeitung zurzeit bis Ende Januar nur noch mit einer Papiermenge rechnen, die sie nor-

malerweise für einen Produktionszeitraum von acht Wochen benötigt. Verleger Dr. Martin Mundtschenk wandte sich in der Sonntagsausgabe direkt an die Leserinnen und Leser: „Wir bitten zu entschuldigen, wenn wir in den kommenden Wochen und Monaten nur mit einer geringeren Auswahl an Seiten erscheinen werden. Unterstützen Sie uns bei der Überwindung dieser bisher nie da gewesenen Rohstoffkrise und bleiben Sie unserer Zeitung treu.“

Die grundsätzliche redaktionelle Arbeit wird von diesem Versorgungsgespinn nicht beeinträchtigt. Deswegen wird inhaltlich weiterhin in gewohntem Ausmaß produziert, die Internetversion der Böhme-Zeitung, das E-Paper, wird auch in den kommenden Wochen vollständig erscheinen. Solange das für die Printausgabe nicht möglich ist, bleibt das E-Paper für Abonnenten eine kostenlose Alternative (siehe Infobox). grö/dpa » Seite 3

INTERNETVERSION DER BZ BLEIBT VOLLSTÄNDIG

E-Paper kostenlos testen

Leserinnen und Leser haben grundsätzlich die Möglichkeit, das E-Paper der Böhme-Zeitung vier Wochen lang kostenlos zu testen. Unter der Internetadresse <https://epaper.boehmezeitung.de> unter „Registrieren sie sich jetzt“ erhalten Interessierte einen Zugang. Voraussetzung ist lediglich eine

E-Mail-Adresse. Unmittelbar nach der Registrierung wird die Internet-Version der Böhme-Zeitung freigeschaltet. Für die Abonnenten der Printausgabe wird mit Hochdruck an einer dauerhaften E-Paper-Lösung gearbeitet, bis die Böhme-Zeitung wieder vollständig gedruckt werden kann. bz

Preisschock bei Diesel und Benzin

Hannover. Seit Monaten steigen die Kosten an den Zapfsäulen der Tankstellen, jetzt werden Preisrekorde geknackt. Diesel ist in Deutschland inzwischen so teuer wie noch nie. Im bundesweiten Tagesschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC am Montag mitteilte. Auch für Superbenzin war der Höchststand nicht weit entfernt.

„Bei weiterhin rasant steigenden Spritpreisen muss die Bundespolitik handeln und an anderer Stelle für Entlastung sorgen, etwa durch eine höhere Pendlerpauschale“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU). Gerade auf dem Land gebe es zum Verbrennungsmotor kaum Alternativen.

Colin Powell an Corona gestorben

Washington. Der frühere US-Außenminister Colin Powell ist infolge von Komplikationen nach einer Corona-Infektion gestorben. Powell, pensionierter General und einstiger Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte, starb am Montag im Alter von 84 Jahren, wie seine Familie in einem Facebook-Post bekannt gab. Er sei vollständig gegen das Coronavirus geimpft gewesen, hieß es.



Colin Powell

Foto: dpa

„Wir haben einen herausragenden und liebevollen Ehemann, Vater, Großvater und einen großen Amerikaner verloren“, erklärte die Familie. Powell, Sohn jamaikanischer Einwanderer, war unter Präsident George W. Bush der erste schwarze Außenminister der USA gewesen. Seine Amtszeit war geprägt von den Ereignissen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. » Politik

Auch FDP will über Koalition verhandeln

Berlin. Die FDP hat den Weg für Koalitionsverhandlungen mit der SPD und den Grünen frei gemacht. Einen entsprechenden Beschluss fassten am Montag der Bundesvorstand und die neu gewählte Bundestagsfraktion einstimmig. „Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mit zu übernehmen“, sagte FDP-Chef Christian Lindner. Die beiden anderen Parteien hatten Verhandlungen bereits zugestimmt.

Lindner machte allerdings deutlich, die angestrebte Ampelkoalition sei vor der Bundestagswahl keine Wunschkonstellation gewesen. » Politik

Polen rügt deutsche Richterwahl

Justizminister in Warschau wirft Berlin „Politisierung“ vor und schaltet EU-Gericht ein

VON DORIS HEIMANN

Warschau. Polen fordert eine Überprüfung des deutschen Systems zur Nominierung von Richtern am Bundesgerichtshof durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Einen entsprechenden Antrag werde er im

Kabinett stellen, sagte Justizminister Zbigniew Ziobro am Montag in Warschau. Gegen Deutschland solle ein Verfahren angestrengt werden, weil die Politisierung der Richternominierung gegen EU-Verträge verstoße.

Ziobro sagte, wenn der EuGH versichere, dass die Beteiligung von Politikern an der Auswahlprozedur für Richter in Polen die Unabhängigkeit dieser Richter infrage stelle, dann stelle Polen die Frage, welchen Einfluss so eine Beteiligung auf die Unabhängigkeit künftiger Richter am

Bundesgerichtshof habe. Polens nationalkonservative PiS-Regierung baut das Justizwesen seit Jahren um. Kritiker werfen ihr vor, Richter unter Druck zu setzen.

Im Juli hatte der EuGH geurteilt, die 2018 eingerichtete Disziplinarkammer am Polens Obersten Gericht biete nicht alle Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit. Ausgewählt werden die Mitglieder der Disziplinarkammer vom Landesjustizrat. Der EuGH kritisierte, der Landesjustizrat sei ein Organ, das „von der politi-

schen Exekutive und Legislative wesentlich umgebildet wurde“.

Ziobro argumentierte nun, in Deutschland würden Richter für Bundesgerichte vom Richterausschuss gewählt, der nur aus Politikern bestehe. Dem Gremium gehören die 16 Justizminister der Länder sowie 16 weitere Mitglieder an, die vom Bundestag bestimmt werden. Damit sei der Ausschuss stärker politisiert als Polens Landesjustizrat, sagte Ziobro. Diesem gehören 17 Richter, sechs Parlamentarier sowie zwei von der Regierung entsandte Mitglieder an.